

Debatte um CDU-Vorstoß

Grüne im Osterholzer Kreistag lehnen Arbeitspflicht ab

Fraktionschefin wirft der CDU Populismus vor

Landkreis Osterholz. In der Debatte um die Einführung einer Arbeitspflicht für Asylbewerber haben sich [nach der Linksfraktion](#) auch die Kreistagsgrünen zu Wort gemeldet. Die CDU-Fraktion hatte angeregt, arbeitsfähige Leistungsempfänger nach dem Ende der Schulpflicht zu gemeinnützigen Tätigkeiten in Kommunen und Vereinen heranzuziehen. Die Landkreise Greiz und Saale-Orla sowie neuerdings auch der Landkreis Peine hätten sich bereits auf den Weg gemacht; nun solle auch die Osterholzer Kreisverwaltung die Voraussetzungen schaffen, um diesem Beispiel zu folgen, erklärten die hiesigen Christdemokraten. Die Grünen aber halten nichts davon: "Für uns riecht das nach reinem Populismus", erklärt Fraktionschefin Dörte Gedat. Offenbar versuche CDU-Fraktionschef Rainer Sekunde, "zu einem sensiblen Thema in einem Wahljahr zu punkten".

Sein Vorstoß für eine nicht öffentliche Debatte am Dienstag (20. Januar) im Kreisausschuss beruhe auf der Unterstellung, dass Menschen, die nach Deutschland flüchten, zur Arbeit gezwungen werden müssten. Das aber sei "schlichtweg falsch" und schüre außerdem bereits bestehende Ressentiments. Oft stünden die bestehenden Gesetze dem Wunsch der Geflüchteten im Wege, das eigene Leben und das der Angehörigen durch Arbeit selbst finanzieren zu können (je nach Aufenthaltsstatus beträgt die Wartezeit vier Monate bis vier Jahre, wenn Ausländerbehörde, Arbeitgeber und Jobcenter mitspielen, Anmerkung der Redaktion). Die Grünen-Fraktion folgert daher: "Wir müssen geflüchteten Menschen Chancen eröffnen, sich frühzeitig in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren." Neben Sprachkursen seien Tätigkeitsangebote nötig, welche vorhandene Qualifikationen berücksichtigen und die eine echte Zukunftsperspektive bieten. Nur damit werde die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtert.

Einstweilen aber würde die Umsetzung der CDU-Initiative nur zu einem unverhältnismäßigen, zusätzlichen Bürokratieaufwand führen, zeigt sich Dörte Gedat überzeugt. Auch vermisse sie einen förmlichen Antrag für die kommunalpolitischen Beratungen über das Thema, weshalb sich noch deutlicher der Eindruck von "Wahlkampfgetöse" und "billigen Ressentiments gegen Geflüchtete" aufdränge. "Wir regen an, die Debatte umsichtig und sachorientiert zu führen und die tatsächlichen Integrationsbedarfe im Blick zu behalten", mahnt die Fraktionsvorsitzende. Ziel müssten praktikable Lösungen sein, welche "die Menschen stärken statt sie zu verpflichten" und die dazu beitragen, die dringend gebrauchten Mitarbeitenden etwa im Gesundheitssystem und in der Pflege "schnell in den Arbeitsmarkt bringen".

Bernhard Komesker

[Grüne im Osterholzer Kreistag lehnen Arbeitspflicht ab](#)